

Bern, 30. November 2020

Wintersession 2020: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Ständerates

[AvenirSocial](#) ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit und vertritt die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstatteleitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Wintersession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

13.468 – Pa. Iv. Ehe für alle

Behandlung am Dienstag, 1. Dezember 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die parlamentarische Initiative möchte die bisherig rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften (Heirat und eingetragene Partnerschaft) für alle Paare öffnen – unabhängig ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung.

AvenirSocial unterstützt diese Forderung voll und ganz. Die heutige Beschränkung dieses Rechts auf heterosexuelle Paare ist diskriminierend. Gerade nach der richtungsweisenden Abstimmung über die Ausweitung der Diskriminierungsstrafnorm von Anfang Februar 2020 ist es zentral, den Weg für eine offene Gesellschaft weiter zu gehen.

20.3917 – Mo. Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung

Behandlung am Mittwoch, 9. Dezember 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die Motion verlangt vom Bundesrat eine Anpassung der Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020, um die drohende Ungleichbehandlung zwischen begünstigten und nicht-begünstigten Institutionen zu verhindern. Da sich das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung in den verschiedenen Landesteilen deutlich unterscheidet, ist darauf zu achten, dass auch die Institutionen der lateinischen Schweiz von der Verordnung profitieren können. Deshalb sollen die Massnahmen auch Institutionen zugutekommen, die von der Gemeinde oder der öffentlichen Hand subventioniert werden, wie sie in den französischsprachigen Landesteilen weit verbreitet sind. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Leistungen der familienergänzenden Betreuung in der lateinischen Schweiz gegenüber dem deutschschweizerischen Landesteil benachteiligt werden.

Als Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz vertreten wir unter anderem Arbeitnehmer*innen mit der Berufsbezeichnung Kindererzieherin/Kindererzieher HF, eine Ausbildung, die insbesondere in der lateinischen Schweiz verbreitet ist. AvenirSocial begrüsst deshalb die Motion und empfiehlt sie zur Annahme.

19.3869 – Mo. Nationalrat (Rytz Regula). Breit angelegte Präventionskampagne gegen Sexismus

Behandlung am Mittwoch, 9. Dezember 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die Motion fordert vom Bundesrat eine Präventionskampagne gegen Sexismus durchzuführen. Die Kampagne soll sich über mehrere Jahre erstrecken und über verschiedene Kanäle (Social Media, Plakate, Inserate, Kinospots usw.) eine Breitenwirkung erzielen. Um die Kampagnenbotschaft zu multiplizieren, sollen zudem gezielte Kooperationen mit Partner*innen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Kultur gesucht werden.

Sexismus ist ein Problem, das sich in unterschiedlichen Situationen des Alltags, unter anderem im Beruf, bemerkbar macht. Für eine wirksame Bekämpfung muss Sexismus sichtbar gemacht werden und es muss über Sexismus gesprochen werden. AvenirSocial ist der Meinung, dass eine Präventionskampagne einen Schritt in die richtige Richtung darstellt und empfiehlt deshalb die Motion zur Annahme.

16.403 – Pa. Iv. Müller Philipp. Familiennachzug

Behandlung am Donnerstag, 17. Dezember 2020

*Empfehlung: **Ablehnung***

Das Recht auf Familie ist ein Menschenrecht. Wie wichtig der Familiennachzug für geflüchtete Menschen ist, zeigt sich in der täglichen Arbeit von Sozialarbeiter*innen. Gerade Personen mit vorläufiger Aufnahme stehen unter enormen psychischen Druck, wenn sie ihre Kinder oder Ehepartner*innen nicht in Sicherheit wissen. Trotzdem sind die Hürden für einen Familiennachzug enorm und stehen in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen. Beispielsweise gilt eine dreijährige Wartefrist ab Statusgewährung, die nicht gerechtfertigt ist. Der S-Status hat bisher in der Schweiz noch keine Anwendung gefunden und sieht keinen Familiennachzug vor, weshalb die Parlamentarische Initiative unnötig ist. Den S-Status nun nach dem Vorbild der vorläufigen Aufnahme im Bereich des Familiennachzugs einzuschränken erachten wir aufgrund der persönlichen Schicksale als nicht zielführend. AvenirSocial empfiehlt die Parlamentarische Initiative deshalb zur Ablehnung.

18.3079 – Mo. Nationalrat (Nantermod). Ausschaffungshaft. Elektronische Fussfessel erlauben

Behandlung am Donnerstag, 17. Dezember 2020

*Empfehlung: **Ablehnung***

Der Bundesrat wird beauftragt, die geltende Gesetzgebung dahingehend zu ändern, dass die Kantone in Fällen von Administrativhaft im Rahmen der Anwendung des Ausländergesetzes Hausarrest mit elektronischer Fussfessel verhängen dürfen.

Eine elektronische Fussfessel ist und bleibt eine Form der Inhaftierung, die insbesondere bei der ausländerrechtlichen Administrativhaft höchst problematisch ist, da sie Menschen betrifft, die nicht straffällig geworden sind, sondern deren Aufenthaltsstatus kriminalisiert wird. Bei Annahme der Motion ist zudem zu befürchten, dass die Massnahme der elektronischen Fussfessel leichter und häufiger ergriffen wird als nötig. AvenirSocial empfiehlt dem Ständerat, seiner Staatspolitischen Kommission zu folgen und die Motion abzulehnen.

20.3420 – Mo. Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Behandlung am Donnerstag, 17. Dezember 2020

*Empfehlung: **Annahme***

In der Schweiz leben und arbeiten zahlreiche Menschen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung. Diese können aufgrund ihres Status weder von Lohnersatzmassnahmen, noch von der ordentlichen Sozialhilfe profitieren. Die Motion verlangt vom Bundesrat, eine pragmatische Lösung, um die Organisationen, die sich um Menschen ohne rechtlich geregelten Status kümmern, zu unterstützen. AvenirSocial empfiehlt die Motion zur Annahme.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Flavio Steiger
Co-Geschäftsleiter (Stv.)

Tobias Bockstaller
Fachliche Grundlagen